

Rot Front!

Kommunistisches Organ für den Bezirk 2

Das "Rot Front!" erscheint jeden Samstag, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: 12 Pf. monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark. Eine Jahrgangsgebühr. Verlag: Reichsdruckerei Jena, Jena, Postfach 11. Fernruf: 2106, 2107.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Abgabepreis: 12 Pf. und Einzel-Beitrag 2,50 Mark. Fernruf: 2106, 2107.

Das Organ für den Bezirk 2 erscheint am 1. Oktober. Redaktion: Postfach 11, Jena, Postfach 11, Fernruf: 2106, 2107. Druckerei: Reichsdruckerei Jena, Jena, Postfach 11, Fernruf: 2106, 2107.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 8. Oktober 1929

9. Jahrgang * Nr. 219

Korrumpierte sozialdemokratische Würdenträger

Der Sflaref-Sumpf der SPD.

Sind das Arbeiterführer? — Macht Schluß mit diesen Gesellen!

(Eig. Drahtmeld.) Berlin, 8. Oktober.

Die "Rote Fahne" veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer den ersten Teil der Liste derjenigen fälschlich Beamteten, die im Sflaref-Sumpf erhalten haben zu einem Preise, der 4 bis 5 Mal unter den Gehaltslohn liegt. Diese Liste enthält unter anderen die Namen des Oberbürgermeisters Böß und seiner Tochter, die eine Heilhohe erhalten hat. Ferner den früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und Oberbürgermeister Sirch, den Frau. Ferner den zweiten Vorsitzenden der sozialdemokratischen Stadterbwerberfraktion, ferner den sozialdemokratischen Staatsanwaltschaftsrat Wesmann, den Oberstaatsanwalt Teslaf. Teslaf führt die Unterlegung gegen Eklaf. Ferner eine ganze Reihe sozialdemokratischer Bürgermeister, Stadträte, Stadtschulräte, die fälschlich als Beamte, den Generaldirektor der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, den sozialdemokratischen Generaldirektor der Berliner Brennholzgesellschaft, ferner den sozialdemokratischen ersten Fraktionsvorsitzenden sowie auch sozialparteiliche und deutschnationale Stadterbwerber und Magistratsmitglieder. Zu gegen die Empfänger dieser Arbeitsbescheide ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, fallen alle diese hohen Würdenträger der SPD, woran der demokratische Oberbürgermeister Böß, unter diejenigen, die dem Disziplinarverfahren unterliegen.

Bis jetzt ist noch keine Veröffentlichung der Beamteten sozialdemokratischen Persönlichkeiten in Berlin erfolgt. Jetzt wird auch veröffentlicht, warum Oberstaatsanwalt Teslaf bereits früher das Unterlegungsverfahren gegen den sozialdemokratischen Stadterbwerber Liebert niederschlagen hat, warum der Oberstaatsanwalt Teslaf im Interesse des "Unterlegungsverfahrens" nichts veröffentlicht darf. Steht er doch selbst an der Spitze derer, die in guten Beziehungen zu den Gebürden Sflaref standen. Der "Vorwärts" schweigt beharrlich. Noch einen Tag vor der Veröffentlichung hat mit den Sflaref in Berlin ein Setzgelage stattgefunden, an dem der sozialdemokratische Bürgermeister Schneider teilgenommen hat. Die "Rote Fahne" fragt:

"Ist es wahr, daß sich der sozialdemokratische Staatsanwaltschaftsrat Wesmann von den Sflaref seine Hochzeitreise nach Italien bezahlen ließ?"

Die "Rote Fahne" kündigt weitere Enthüllungen an.

Der Protokoll der Berliner Ansehungs-Gesellschaft, der Sozialdemokrat Saloh-Sieber, ist unter der Aufsicht der Stadt gegen ihn in der "Rote Fahne" erhabenen Anschuldigungen, die zur enghelligen Klärung" beurlaubt worden. Das Konfessionsverfahren gegen die Witwe Sflaref ist Montag vormittag eröffnet worden.

Koalitionspolitik und Korruptionsgeschäfte

Die "Rote Fahne" hat in ihrer Sonnabend-Nummer mit den großen Enthüllungen über den Sflaref-Standard begonnen. Schon die bisher veröffentlichten Tatsachen zeigen, daß sich hier riesige Summen verbergen zu einem Standard für die SPD, ausgemacht sind. Die erste Frage, die die "Rote Fahne" in ihrer Nummer vom 8. Oktober, an die Öffentlichkeit gerichtet hat, lautet:

Wer hat die Sflaref ins Geschäft gebracht?

In der Sonnabend- und Sonntag-Nummer gab das Zentralorgan unserer Partei die Antwort darauf und zeigte an Hand von einem unermesslichen Material, daß es die SPD, gemeint ist, die die Wirtschaft der SPD, nämlich die Gebürden Sflaref, ins Geschäft gebracht hat.

Vor allen Dingen sind es zwei Sozialdemokraten, mit denen die Gebürden Sflaref gelungen ist, ihre Monopolstellung in der Bekleidung von Textilwaren zu erlangen. Es sind dies die Sozialdemokraten Kieburg und Liebert.

Kieburg hatte vor dem Jahre 1921 ein kleines pleitegegangenes Textilgeschäft in Neudörfen innegehabt. Mit Hilfe seiner sozialdemokratischen Freunde wurde er nach diesem Pleitegeschäftsabnahme zum Direktor der Neudörfener Bekleidungs-Gesellschaft ernannt. Nach kurzer Zeit fand diese Gesellschaft durch die Tätigkeit des Kieburg vor einem Defizit von 20 Millionen Mark. Mit Hilfe der Sozialdemokraten wurde die Kieburg trotz dieser furchtbaren Schwereitern, durch die die Kieburg-Defizit sich ergeben hatte, zum Direktor der großen Oberverwertungs-Gesellschaft in der Rombrandentrafik ernannt. Seit dem 1. Januar 1921 — begann das gemeinsame Geschäft zwischen Kieburg und den Gebürden Sflaref. Zum Gehilfen wurde der in der Bekleidungs-Gesellschaft für Textilien tätige Arbeiter und SPD-Mann Liebert bestellt.

Der Sozialdemokratische Kieburg veräußerte in kürzester Zeit das gesamte Lager zu einem lächerlichen Preis, damit die Waren wieder mit neuen Lieferungen besetzt werden konnten. Schließlich, die die Bekleidung des Kieburg nicht gerade sehr glücklich fruchtete, wurde durch Kieburg-Entlastung, die vorher die Kieburg-Verwertungs-Gesellschaft überhaupt nicht erzielte, zum Gewinn gebracht. Von 1921 bis zum Jahre 1929 haben die

Sflaref mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Freunde nicht weniger als für 400 Millionen Schandware an die Stadt Berlin geliefert.

Neben Kieburg war es der SPD-Mann Liebert, der sich mit Hilfe der SPD, ein Millionenvermögen erworben hat. Kein Geschäft ging über diesen Sozialdemokraten, ohne daß er sich davon eine horrende Provision ausbehalten hätte. Auf diese Weise gelang es dem Angeklagten Liebert, nicht nur Teilhaber der Tuchfabrik Sommerfeld, sondern auch Teilhaber der Beleuchtungs-Fabrik Liebert & Co. in Berlin zu werden. Darüber hinaus hat Liebert, der in Geld förmlich schwamm, riesige Summen ausgeleihen, für die er pro Monat 3 Prozent, d. h. 36 Prozent Zinsen forderte und erhielt. Gleichfalls ließ er sich in den Besitz sehr wertvoller Grundstücke, von denen er allein in Berlin sieben besitzt, die er zum Teil auf andere Namen eingetragen hat.

Alle diese Tatsachen, von denen wir hier nur einen kleinen Auszug bringen können, waren der SPD wohl bekannt. Sie konnte und sie wollte diese Verhältnisse nicht ändern, weil die Sflaref und ihre sozialdemokratischen Kumpane die SPD-Politik in der Hand hatten. Dieser Tatsache verdankt auch die Sflaref die Verlängerung der Lieferungsverträge, für die sich damals der Sozialdemokrat Heilmann so warm einsetzte hat.

Dies Netz der Korruption werden die Berliner Arbeiter, die die "Rote Fahne" nach allen Seiten hin beleuchtet. Dem "Vorwärts" ist schon bei den letzten Enthüllungen der "Rote Fahne" die Sprache weggeblieben. Der Sflaref-Standard wird dazu beitragen, daß am 17. November die Arbeiterfrage sich in noch viel härterer Weise als bisher von der SPD-Korruptionspolitik abwendet und der SPD, ihre Stimmen gibt.

Die sozialdemokratische Presse in unserem Bezirk, "Rotschlag" und "Rotschlag" führen inzwischen ihren Lesern etwas über Beziehungen des Genossen Kieburg zu den Sflaref vor, nachdem die unverständigen Verleumdungen gegen den Genossen Koenen sehr bald als sozialdemokratische Erfindungen entlarvt worden sind. Die sozialdemokratische Presse verweigert ihren Lesern das Wissen des ganzen sozialdemokratischen Geschäftes, das bis an die Ohren im Sflaref-Sumpf steht.

Vorwärts, immer weiter vorwärts

Auf der breiten Bahn der sozialistischen Aufbauarbeit — 120 000 Traktoren in zwei Jahren — Die rasche Niederlage der rechten Opposition

Von Dr. O. S. K. Moskauer

Der Leiter "Rotschlag", die "sozialistische Zeitung" und jetzt auch die "Rote Fahne" der "sozialistischen Arbeiterbewegung" haben gemeinsam einen antilaboristischen Artikel, der eine Beschränkung des arbeiterfreundlichen Sozialismus in der Sowjetunion an dem Rand von der Generalversammlung als eine Richtschnur gegenüber der Frage der russischen Arbeiter erheben zu lassen, werden alle Schwankungen möglicherweise Zentralen zum Ablauf in der "Rote Fahne" veröffentlicht.

In dem oben angeführten Artikel heißt es u. a.: daß die nach einem Abgang der Sowjetunion, die im März 1929 in der Sowjetunion in der Sowjetunion, wenn mit dem Industrialisierungsprogramm auch das Regime getarnt werden soll.

Mit allgemeinen klärenden Bemerkungen ohne jedes konkretes Material, die sich nicht auf die Sache beziehen, sondern nur auf die Sache selbst, die nachstehenden Ausführungen entnehmen wir einen Teil des Genossen O. S. K. Moskauer, gebildet auf der Parteikonferenz des Moskauer Industriebezirks.

Vor einigen Jahren, auf unserem 12. Parteitag, wurde ein jährlicher Produktionswachs der Industrie um 12 bis 13 Prozent als jenes wünschenswerte Tempo betrachtet, das uns die Möglichkeit geben würde, die kapitalistischen Länder zu überholen und zu überfliegen. Was kam aber in Wirklichkeit? Bei der Ausarbeitung der Kontrollzahlen von 1927/28 wurde angenommen, daß die Produktionszunahme sich auf 15 bis 19 Prozent belaufen wird. In Wirklichkeit aber betrug sie 21 bis 22 Prozent. Für das laufende Jahr (1928/29) stellen die Kontrollzahlen einen Produktionswachs von 20 bis 21 Prozent in Aussicht, in Wirklichkeit aber liegt ein Produktionswachs von circa 24 Prozent vor. Der fünfjährige Plan, der im Frühjahr auf unserer 16. Parteikonferenz und auf dem Sowjetkongreß beschlossen wurde, sieht für das Jahr 1929/30 einen Produktionswachs von 20 bis 21 Prozent für die Industrie vor. In Wirklichkeit aber sehen die Kontrollzahlen, ausgearbeitet vom Obersten Wirtschaftsrat der Sowjetunion gemeinsam mit der staatlichen Planwirtschaftskommission, eine gewaltige sprunghafte Entwidlung vor: für die Schwerindustrie 40 bis 44 Prozent, für die Leichtindustrie 28 Prozent, für die Gesamtindustrie 32 Prozent.

Betrachten wir nunmehr den Staatshaushalt. Als wir im vorigen Jahre für das Jahr 1928/29 einen Haushaltsplan in der Höhe von über 7,5 Milliarden ausarbeiten konnten, um anzunehmen, zu erklären alle, ein solches Vorhaben wäre gewagt. Ende des ersten Quartals des vorigen Jahres herrschte große Sorge, da man befürchtete, unser Haushaltsplan würde sich als nicht real herausstellen, seine Ausführung würde hinter den geplanten Zahlen erheblich zurückbleiben. Nun stehen wir vor dem Ende unseres Wirtschaftsjahres und sehen, daß dieser gewagte Haushaltsplan nicht nur ausgeführt, sondern auch übererfüllt wurde. Der fünfjährige Plan für 1929/30 einen Staatsetat von 9,2 Milliarden in Rechnung. Gegenwärtig wird aber ein Wirtschaftsjahr in der Höhe von 10,2 Milliarden ausgearbeitet, die Planwirtschaftskommission rechnet sogar mit 10,5 Milliarden Rubel. Dies, Genossen, ist die wahre Zunahme, der wahre Aufschwung unserer Gegenwart.

Doch neben diesem gewaltigen Wachstum sind wir zugleich Zeugen solcher Erscheinungen, wie z. B. die "Schlangens" vor großen Kommunisten, die wir uns keinesfalls verhehlen dürfen. Heute, vor dem 12. Jahrestag der Sowjetmacht, herrscht bei uns Wandel fast an allen Profunden der Landwirtschaft. Unsere Genossen sind der Meinung, dies wäre ein Relikt unserer falschen Politik. Wie Ihr wisst, erklärte Genosse Bucharin im vorigen Herbst in seinem berühmten Buch "Bemerkungen eines Oekonomisten", unsere Landwirtschaft degenerierte. Das bedeutet, daß die Produktionskräfte der bäuerlichen Wirtschaft zerstört werden, daß die Bauernwirtschaft sich nicht vorwärts, sondern rückwärts entwickelt. Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit? Was belagt darüber das verlässliche Jahr? Auf Grund der vorliegenden statistischen Mitteilungen kann niemand die Tatsache hinwegzuleugnen, unsere Landwirtschaft ist im Vergleich zu dem Jahr mit Hilfe der Partei- und Sowjetmacht die Anbaufläche um sechs Prozent erhöht.

Die Entwicklung der Kollektivwirtschaften nimmt einen ungeahnten Aufschwung und betrifft alle Planflächen. Die Sowjetgüter, deren Aufbau mit im vorigen Jahre in Angriff genommen haben und deren Erfolg nun ununterbrochen neuen Bestätigungen entgegengebracht wurde, bringen bereits in diesem Jahre unumstößliche Beweise für die Richtigkeit dieses Beginnes. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Erntehäfen eines Pubs Getreide im Sowjetland "Giganten" sich auf nur 70 Kopfen belaufen.

Da haben wir die Antwort in dem Streit, der voriges Jahr in Bezug auf Landwirtschaft zwischen uns und den Rechten gelobt hat. Ich glaube, daß jeder Kommunist, der ehrlich darauf bedacht ist, im Streit zwischen der Partei und den Rechten Klarheit zu gewinnen, zugeben muß, daß die Rechten von der Wirtschaft auf Haupt geschlagen sind. Noch niemals wurde eine Opposition so rasch ihres Ruhmes entkleidet wie die Opposition der Rechten. Es ist noch kein Jahr um, und schon liegt sie in Scherben, ist ideologisch zerfallen. Auch die Gefahr rechter Stimmungen in unserem Lande ist außerordentlich groß. Das dürfen wir niemals außer acht lassen. Jede Opposition, die die Entwicklung unserer sozialistischen Wirtschaft auch nur um ein Geringes hintanhaltend will, wird in unserem Lande sofort Hunderttausende Anhänger finden. Es wäre lächerlich, wenn wir glaubten, in einem einflussreichen Lande, wie die Sowjetunion, es noch nicht möglich wäre, rechte Kräfte gegen ihren Anfang finden. Die Bauernwirtschaft muß in dem Beispiel von Kollektivierungen, um Kollektiv-

Rot Front! Demonstration des RFB. in Dranienburg



Die Lattachen über den Unterstützungsraub!

Kein „linkes“ Manöver kann die Schuld der Reformisten aus der Welt wässern — Erwerbslos und Betriebsstättige müssen den gemeinsamen Kampf gegen die Unterstützungsräuber aufnehmen

Die 233 gegen 155 Stimmen wurde im Reichstag das Gesetz über den Abbau der Arbeitslosenunterstützung angenommen. Die SPD stimmte für das Gesetz, gab also den Ausschlag für den Unterstützungsraub. Sämtliche 153 sozialdemokratischen Abgeordneten gegen das Gesetz stimmten, so wäre es gefallen! Wenn die SPD, das ungeheure Verbrechen begangen hätte, so hätte sie mit beispielloser Frechheit die Arbeiterschaft, die Reichstagsabgeordnete, die Arbeiter in einem Briefe geschrieben, das das neue Gesetz keine Verschlechterungen enthält.

Das neue Gesetz liegt ja nun im Wortlaut vor. Im folgenden soll sein Inhalt, d. h. die schwerwiegendsten Verschlechterungen, aufgeführt werden.

Verlängerung der Wartezeit

Zunächst besteht der allgemeine Leistungsabbau in einer Verlängerung der Wartezeit. Während bisher die Arbeitslosen eine Wartezeit (Karenzzeit) von drei Tagen durchlaufen mußten, beträgt jetzt die Karenzzeit nach dem § 110 b: 7 Tage bei Arbeitslosen, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, keine zahlungsberechtigten Angehörigen haben und in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind; 7 Tage für Arbeitslose ohne zahlungsberechtigten Angehörigen, wenn sie das 21. Lebensjahr vollendet haben oder nicht in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind, sowie bei Arbeitslosen mit einem, zwei oder drei zahlungsberechtigten Angehörigen; 9 Tage bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zahlungsberechtigten Angehörigen.

Abbau der Anwartschaftsdauer verlängert

Um allgemeinen Leistungsabbau gefordert werden die Verlängerung der Anwartschaftsdauer für viele Arbeitslose.

Wahrscheinlich wird die Anwartschaft erfüllt, wenn der Arbeitslose im letzten Jahr 26 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung gewesen ist. Nach dem neuen Gesetz müssen alle Arbeitslosen, die sich zum Ende ihres Lebens befinden, innerhalb der letzten zwei bis vier Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung gewesen haben, wofürgenfalls sie keine Unterbringung erhalten.

Die Erneuerung der Anwartschaft wurde ferner dadurch erschwert, daß die Erneuerung der Anwartschaft (§ 98a Abs. 1) gefordert wird: „Für den Erwerb der Anwartschaft werden von einer Beschäftigung, während der die Arbeitslosigkeit des Arbeitnehmers nicht mehr als 24 Stunden in der Kalenderwoche betragen hat, nur Arbeitslosigkeit für einen Grundzählung.“

8 Wochen Sperrfrist

Dem gehört zum allgemeinen Abbau die Verlängerung der Sperrfrist. Während bisher im allgemeinen Fall einer Unterbringung während einer Sperrfrist bis zu vier Wochen ausgeschieden werden konnte, nun die Sperrfrist bis auf 8 Wochen ausgedehnt werden. Während verhängte Sperrfristen aneinander gereiht sind, durch vorübergehende Arbeitsaufhebung die Sperrfrist nicht aufgehoben. Sie läuft im Falle einer Unterbringung der Sperrfrist weiter und erlischt erst sechs Monate nach Beendigung der Sperrfrist. Bei der Sperrfrist werden nur Arbeitslose berücksichtigt, die bei der Arbeitslosigkeit keine Unterbringung erhalten, d. h. wenn es sich um Stempelpflichtige handelt.

Weitere Verschlechterungen

Zu den weiteren Verschlechterungen gehören zum allgemeinen Leistungsabbau nach den Bestimmungen, daß die Unterbringung nicht nach den Grundsätzen des Arbeitsmarktes, sondern des Wohnorts besetzt wird.

Kampf gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten in Moskau!

Deutschland: Kampf gegen die Prostituierten!

Die Prostitution in Moskau läßt sich mit der Berliner nicht vergleichen. Sie hat praktisch keine Bedeutung, da dem Gemerbe einer Prostituierten nur ganz wenige, aus dem Geleise der gemeinsamen Arbeit kommen. Die Sozialisten gemorenen Frauen nahgehen. Die Arbeitsbedingungen in der Hauptstadt informiert zu haben, so wird es ohne Wohnung, die die Verfügung natürlich sehr schwierig ist auf viele Art bei Neupreisen und Ausländern gelegentlich annehmen. Meist verlassen sie dann sehr rasch der gewerkschaftlichen Prostitution.

Wie geht, es gibt in Moskau, einer Stadt von mehr als zwei Millionen, nur wenige Stunden Prostituierte, die sich meist in der Nähe von Bäckereien und fremden Gesandtschaften aufhalten, während im Bezirk nach den letzten Enquêtes, die die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorgenommen hat, 40.000 Frauen, diesem traurigen Gemerbe nahgehen.

Die Arbeiterhäuser in Deutschland

Die Arbeiterhäuser in Berlin aufgeführten Prostituierte der Arbeiterhäuser in einem meist auf dem Lande gelegenen sogenannten „Arbeiterhaus“ zugeführt, das schlichter als ein Zucht haus ist, es dem Arbeiter eine Verführung für den Aufenthalt dort. In den Arbeiterhäusern sind die Arbeiter untergebracht, die von den Familien schon nach wenigen Wochen oder einem Jahr aus „gebeten“ entlassen. Die Frauen werden mit der niedrigsten Arbeiten beschäftigt. Nur ganz wenige Frauen werden eine Weiterbildung dort einen Beruf erlernen, der ihnen später ermöglicht, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die meisten sind mehr oder weniger schnell wieder der Prostitution verfallen, wobei aufgeführt, landen sie entweder noch einmal im

Die Unterstützungsraube werden nurecht auf Grund des Durchschritts der letzten 6 Monate errechne (bisher auf Grund der letzten drei Monate).

Den Sozialistinnen werden die Renten, soweit sie 20 Mark monatlich übersteigen, angehöret.

Das Verbrechen an den Saisonarbeitern

Für die Saisonarbeiter bringt das neue Gesetz außerdem noch den ungeheuren belonen Leistungsabbau. Der Saisonarbeiterparagraf trägt jetzt die Ziffer 107 a und lautet:

§ 1. Während einer berufstätigen Arbeitslosigkeit erhalten Arbeiter aus einem Werkstättenbetrieb, die in den Lohnklassen 7 bis 9 der Unterhaltungsstufe der Klasse 6, in den Lohnklassen 8 und 9 der Unterhaltungsstufe der Klasse 7, in den Lohnklassen 10 und 11 der Unterhaltungsstufe der Klasse 8, für die Ausnahme paragrafen gegen die Saisonarbeiter ist fast nicht besteht seit dem 21. März 1931. Er ist aber jetzt in das Gesetz in die Kategorien von Arbeitern, die die Koalitionsparagrafen eingegliedert sind, und die Koalitionsparagrafen haben den

Genossen, verstärkt die Agitation für den Wahlfonds!

Keine Gelegenheit darf vorbegehen, ohne an den Wahlfonds der KPD zu denken! Sammelt und zeichnet!

Der Walfisch für den Wahlfonds!

Keine Gelegenheit darf vorbegehen, ohne an den Wahlfonds der KPD zu denken! Sammelt und zeichnet!

Der Walfisch für den Wahlfonds!

Keine Gelegenheit darf vorbegehen, ohne an den Wahlfonds der KPD zu denken! Sammelt und zeichnet!

Der Walfisch für den Wahlfonds!

Keine Gelegenheit darf vorbegehen, ohne an den Wahlfonds der KPD zu denken! Sammelt und zeichnet!

Der Walfisch für den Wahlfonds!

Keine Gelegenheit darf vorbegehen, ohne an den Wahlfonds der KPD zu denken! Sammelt und zeichnet!

Der Walfisch für den Wahlfonds!

Keine Gelegenheit darf vorbegehen, ohne an den Wahlfonds der KPD zu denken! Sammelt und zeichnet!

Die verschleierte Bedürftigkeitsprüfung

Der Begriff der Arbeitslosigkeit ist durch das neue Gesetz überhaupt nur umhüllt worden, und zwar so, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit in Zukunft vollkommen nach Willkür vorgehen kann. Dennach soll als arbeitslos nur der gelten, der nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes erwerben kann oder im Betriebe des Ehegatten, der Eltern oder Vorgesetzten, von Abkömmlingen oder Geschwägern den gemeinsamen Lebensunterhalt mit erwirbt oder weiter erwerben kann.

Mit diesen definieren Bestimmungen kann die Vermögensbürokratie nach Gutdünken schalten und walten, vor allen Dingen wird der Arbeitslosigkeit eine verschleierte Bedürftigkeitsprüfung vorgenommen, die noch schlimmer ist als die Bedürftigkeitsprüfung, die vor Annahme des Arbeitslosenerwerbsgesetzes bestanden hat. Vor allen Dingen wird sich der neue Paragraf über den Wohnort, wo sie dann meist „Stammgröße“ werden.

Die Prophylaxien in USA.

Im Gegenzug wird in Moskau der Kampf gegen die Prostitution und nicht gegen die Prostituierten geführt. Ausgehend von der Tatsache, daß nur ein qualifizierter Beruf, in dem sie eine gut bezahlte und hochwertige Arbeit finden können, geeignet ist, Rückfälle zu verhindern, werden Prostituierte und wohnungslose Frauen, die wegen einer Geschlechtskrankheit in Ambulatorien oder Krankenhäusern aufstehen, nach Befreiung der Amtsdienstleistungen ein sogenanntes „Prophylaxium“ überwiesen. Diese Prophylaxien sind keine für ehemalige Prostituierte, wo sie ihren Beruf erlernen und gleichzeitig ihre weitere Behandlung erhalten. Sie wohnen dort und bekommen volle Verpflegung; der Aufenthalt ist freiwillig. Solange die Arbeiterinnen lernen, erhalten sie alles umsonst. Wenn sie erst selbst den Höchstlohn verdienen (etwa 150 Rubel im Monat), werden ihnen 25 Rubel für Wohnraum und Verpflegung abgezogen. Die Frauen werden bis zu lange im Prophylaxium, bis sie völlig ausgebildet und als hochqualifizierte Arbeiterinnen eine Stellung in der Fabrik zu übernehmen erhalten. Lehrer sorgen für die technische und kulturelle Bildung, für die Behandlung ist ein angestellter Arzt vorhanden. Nicht dauert der Aufenthalt 8-10 Monate.

Eine, die zehn Jahre lang Prostituierte war

Eins der vielen einander ähnlichen Schicksale sei mitgeteilt: Die Bäuerin Potopowa kam mit 22 Jahren aus dem Dorf in die Stadt und verfiel hier der Prostitution, die sie zehn Jahre lang ausübte. Jetzt ist sie vom Ambulatorium für Geschlechtskrankheiten vor vier Monaten dem Prophylaxium überwiesen worden. Ihre Situation macht große Schwierigkeiten, da die Leiter des Prophylaxiums der Meinung waren, daß eine Frau, die so lange nicht gearbeitet hat, nicht zu helfen sei. Sie hat aber diese Ansicht glänzend widerlegt. Die Genossin Potopowa ist eine der besten Arbeiterinnen geworden, verdient mehr als in ihrem früheren Leben. Sie ist auch in der Kultur und Kunst nicht weniger stark. Ihr früheres Leben von neuem aufgenommen. Eine Moskauer Stammbildung wird sie nach weiteren zwei Monaten Ausbildung als Vorarbeiterin anstellen.

grüß mit aller Macht gegen die arbeitslosen verpeirlichten Frauen kämpfen.

Am 18. Schlichtungsprüfung anzuwenden und um die Arbeitslosen einer verschärfte Kontrolle zu unterwerfen, wurde durch den neuen § 45a bestimmt, daß die Dienststellen der Reichsanhalt in der Bundesprüfer einstellen sollen, die auch das Recht haben, die Wohnung einer Person, die Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, zu betreten, wenn das Arbeitsamt die Zustimmung, ob die Wohnverhältnisse der Unterstützten den Umständen „erforderlich“ sind.

Schlichtig wurde den Verfallenen jede Leistungsunterstützung durch den neuen Absatz § 180 geändert und lautet:

„Hat der Spruchausschuß die Entziehung des Berechtigten einstimmig befähigt, so ist die Entziehung endgültig.“

Den Verfallenen wird also das Recht der Berufung geraubt. Es ist der Willkür der Spruchausschüsse ausgeliefert, in denen die Kapitalisten und Sozialfaschisten einmütig gegen die Arbeitslosen die Entschuldigungen fällen werden. Hieran kommt noch die Bestimmung, daß die Spruchsammler nicht mehr bei den Arbeitsämtern, sondern bei den Oberverwaltungsämtern gebildet werden. Die Bestimmer und der Vorsitzende der Spruchsammler müssen Vertreter der den Oberverwaltungsämtern sein.

Damit wird die Praxis der Rentenrechnungen auch gegenüber Erwerbslosen angewandt.

Nachdem nun diese ungeheuren Verschlechterungen Gesetz geworden sind, müssen Vertriebsarbeit und Erwerbslose ernst recht die enge Verbindung herstellen und mit verstärkter Energie gegen die Ausbeuter kämpfen. Der Kampf um ausreichende Unterstützung arbeitslos ist sehr wichtig.

Die Koalitionsregierung ist aber noch nicht zufrieden, sie hat neue Vorstöße gegen die Arbeiterschaft in Vorbereitung. Die Arbeiterschaft, weitere Verbrechen zu begehen.

Alle ehrlich denkenden, kampfbereiten Arbeiter schließen sich unter Führung der kommunistischen Partei zur Gegenwehr zusammen!

Wichtige Mitteilung zum Kohlearbeiterkreis

(Eig. Draht.) Berlin, 8. Oktober.

Die Zentralkomiteeleitung der Kohlearbeiter und Helfer teilt mit: Aus dem Reich kommen vielfach Besetzungsmonturen nach Berlin. Es ist notwendig, in der Presse darauf hinzuwirken, daß unter den Kohlearbeiter in Berlin sämtliche Kollegen, fallen, welche Besetzungsmonturen, Wäcker und Gasarbeiten ausführen. In der kommunistischen Reichsliste wird empfohlen, daß in Berlin die Kohlearbeiter wissen. Bei einzelnen Zonen im Reich bestehen Unterabteilungen der Gruppe der Kohlearbeiter und Besetzungsmonturen. Das ist in Berlin nicht der Fall. Alle alte Besetzungsmonturen, Wäcker und Gasarbeiten bleiben fern!

Der Proch gegen die Bombenleger, zu denen Hugenberg und die Seinen über den Leutnant Welche Beziehungen unterhalten, soll im Dezember in Berlin stattfinden. Die Vorunterjurung soll in wenigen Wochen zum Abbruch gelangen.

Der Staatsanwaltschaftler Kasper, gegen den ein Disziplinarverfahren durchgeführt wurde, weil die SPD sich über seine Haltung bei der Vorbereitung des Bremer-Prozesses beschwerte, ist von dem Landgericht II in Berlin unterworfen.

Gegen die Freipressung des fremdenrassen Erdmann ist notgedrungenweise Verurteilung eingeleitet worden.

Königliche und Bad Schwabach sind nach Meldungen aus dem kritischen Hauptquartier in Wiesbaden jetzt vollständig geräumt worden.

30 politische Inangestaltliche sind aus der Schar ihrer Genossen heraus von der Wollfuch-Polizei verhaftet worden, als sie gemeinsam mit Kommunisten an mehreren Punkten Warhsaus demonstrieren.

Die Osterkräftige kommunistische Partei in Mödling bei Wien veranstaltet eine große öffentliche Versammlung, die außerordentlich großen Besuch aufweist. Der Verammlung schließen sich Arbeiter und Jugendlichen an.

Genosse Lepke, der Vorsitzende des Zentralkomitees des russischen Metallarbeiterverbandes, ist nach langer Krankheit gestorben.

Verhaftung.

In der gestrigen Ausgabe wurden als Verbergebnis einmal 540 neue „Ruh-Geh“-Väter angegeben, während in der vorwöchentlichen Mitteilung „Wintern 10 Jahresfrist des Rühr-Geh“, das neue Verbergebnis über 2000 neue Väter festgestellt wurde. Tatsächlich hat die Partei dort bisher über 2000 Väter gegeben. Die Meldung, die nur 540 ergibt, war veraltet.

Blutende Erfolge

Diese Befämpfung der Prostitution, bei der die Prostituierten zu notdürftigen Arbeiterinnen erhoben werden, denen später niemand ein Wort zu ihrer Vergangenheit macht, der Ausbau und die Erweiterung der mütterlichen Ambulatorien haben das Ergebnis gehabt, daß die Geschlechtskrankheiten überall sehr schnell abgenommen haben. Nicht zuletzt hat die ausgedehnte, zähe Aufklärungsarbeit im Zusammenhang mit der Sebung des allgemeinen Bildungsgrades, den sich die Regierung der Arbeiter und Bauern und vor allem aber der Moskauer Sowjet zur wichtigsten Aufgabe gemacht haben, zu dieser Besserung beigetragen.

Nach im Jahre 1924 gab es in Moskau 53.663 Geschlechtskrankheiten bei einer Bevölkerung von 2 Millionen, im Jahre 1928 waren es nur noch 25.106 bei 2,5 Millionen Einwohner. Besonders auffallend ist der Rückgang der antediehen ersten Form der Siphilis (Weimarstrafe): Von 4211 (1913) sank die Zahl auf 1746 (1925), 867 (1926), 640 (1927) und 572 im Jahre 1928.

Auf 10.000 der Bevölkerung waren im Jahre 1918 in Moskau 247 an Siphilis (Tripper) 1237, an Siphilis I (Siphilidose) 247, an Siphilis II (Siphilidose) 612. Im Jahre 1928 waren es nur noch 65,8 (Tripper), 28 (Siphilis), 7 (weiser Schanker). Dieser Rückgang der Geschlechtskrankheiten ist der ungeheuren Arbeit des Moskauer Sowjets zu danken. Ein riesiges, prompt arbeitendes Rasterhilfssystem sorgte für die Entlastung und Behandlung aller Geschlechtskrankheiten. Die Behandlung erfolgt in den Ambulatorien und Krankenanstalten, die der Zeitung des Staatlichen Generallandesinstitutes unterstehen. Selbstverständlich kostenlos. Alle diese Einrichtungen bestehen erst seit dem Jahre 1921; vor der Oktoberrevolution gab es keinerlei Fürsorge oder planmäßige Entlastung der Geschlechtskrankheiten.

In Moskau, der Hauptstadt der Sowjetunion, wird praktische Gesundheitspflege betrieben. Wohnungen und Krankenhäuser werden gebaut, neue sozialhygienische Einrichtungen geschaffen, die Bevölkerung verbessert, der Kampf gegen die Volksseuchen mit allen Mitteln und dem Besten, was der gesunden wertigen Bevölkerung nützen kann, geführt. (W. G. Moskau.)

Versammlungen der KPD.

Stichtagsanstellung Halle
 Dienstag, den 8. Oktober, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen bestimmt
 anwesend sein.
Wahltag Halle Freitag, den 10. Oktober, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen die Stichtagsanstellung zu wählen.
Stichtagsanstellung Halle Donnerstag, den 10. Oktober, 20 Uhr, in der „Goldenen
 Kette“ Versammlung der Stichtagsanstellung. Referent: Genosse C. Büchel.
Halle, Stichtagsanstellung Mittwoch, 9. Oktober, 20 Uhr, in der Proletaria-
 Versammlung der Betriebs- und Gewerkschaften sowie Unteroffiziere haben zu
 erscheinen.
Halle, Stichtagsanstellung Donnerstag, den 10. Oktober, 20 Uhr, in der Proletaria-
 Versammlung der Betriebs- und Gewerkschaften sowie Unteroffiziere haben zu
 erscheinen.

Halle, Stichtagsanstellung Donnerstag, den 10. Oktober, 20 Uhr, in der Proletaria-
 Versammlung der Betriebs- und Gewerkschaften sowie Unteroffiziere haben zu
 erscheinen.

Halle, Stichtagsanstellung Donnerstag, den 10. Oktober, 20 Uhr, in der Proletaria-
 Versammlung der Betriebs- und Gewerkschaften sowie Unteroffiziere haben zu
 erscheinen.

Halle, Stichtagsanstellung Donnerstag, den 10. Oktober, 20 Uhr, in der Proletaria-
 Versammlung der Betriebs- und Gewerkschaften sowie Unteroffiziere haben zu
 erscheinen.

Halle, Stichtagsanstellung Donnerstag, den 10. Oktober, 20 Uhr, in der Proletaria-
 Versammlung der Betriebs- und Gewerkschaften sowie Unteroffiziere haben zu
 erscheinen.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Mitteilungen der KJVD
 Die KJVD hat am 1. November in Leipzig. Kraft jeder alle
 KJVD-Mitglieder sind zu den Versammlungen.
Halle, KJVD am 1. November, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen
 anwesend sein.
Halle, KJVD am 1. November, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen
 anwesend sein.

Halle, KJVD am 1. November, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen
 anwesend sein.

Halle, KJVD am 1. November, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen
 anwesend sein.

Halle, KJVD am 1. November, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen
 anwesend sein.

Halle, KJVD am 1. November, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen
 anwesend sein.

Halle, KJVD am 1. November, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen
 anwesend sein.

Halle, KJVD am 1. November, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen
 anwesend sein.

Halle, KJVD am 1. November, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen
 anwesend sein.

Halle, KJVD am 1. November, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen
 anwesend sein.

Halle, KJVD am 1. November, 19 Uhr, beim Gewerkschaftsbüro
 gegen Stichtagsanstellungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen
 anwesend sein.

Wahalla
 Die O. Reichmanns Gerüst 29330
 Stimmlich gefertigt werden sollen die
 unerbundenen Leistungen der
**16 Original-Alfred-
 Jackson-Girls**
 sowie die weiteren 9 Attraktionen
 internationalen Rufes
 Eilen Sie!! 3175
 Gewöhnliche Preise ab 60 Pf.

Stadt-Theater
 Frische Einschlagelater
 Stück 6 Pfennig
 des Spezial-Ein-
 schlags
W. Landau,
 Str. Klausstr. 9
 Rindbergerstr. 1, 2 Tr. r.
**Wert für die
 „Kote Gilje“**

Deutsche Friedensgesellschaft
 Dienstag, den 8. Okt., 20 Uhr
 im „Goldenen Stern“, Heitstede
Gr. Volksversammlung
 Thema: „Fahnenkreuz u. Stahlhelm
 sind Deutschlands Untergang“
 Redner: Lehrer Decker, Schöner (Hömm.)
 Diskussion ist zugelassen 3165

Schlafzimmer
 in geschmackvoll. Ausstattung
 Anbiederung, 150 cm breit
 mit Spiegel 3165
 bessere u. größere Ausstattungen
 420, 455, 550, 625 Mk.
 Große Auswahl, gute Arbeit
Jugendhaus Möbelhaus
 Albrechtstr. 37

**Nur
 50
 Pfennig**
 beträgt der monatl.
 Abonnementspreis -
 für das Organ der
 Werttütigen in
 Stadt und Land
**„Mitteldeutsches
 Echo“**
 Bestellungen nehmen alle Träger-
 innen und Postanstalten entgegen,
 wie der Verlag Halle a. d. S.,
 Verdenstraße 14

Durch einen tragischen Unglücksfall
 wurde am Sonnabend, dem 5. Oktober
 meine hochgeliebte Frau, meine her-
 gezeigte Mutter, Tochter, Schwermu-
 ter, Schwester, Schwägerin und
 Ziege, Frau 3160
Emma Weinhardt
 geb. Krause
 im Alter von 54 Jahren aus unserer
 Mitte gerufen.
 Halle a. d. S., den 6. Okt. 1929
 Osteinstraße 7
 Im Namen d. trauernden Hinterbliebenen
Hermann Weinhardt und Kinder
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den
 9. Okt. 19 Uhr im der Kapelle des
 Südringhofes aus statt

**Abheute
 nur noch
 BREIT
 Das Glas der zufriedenen Käufer**

Eröffnung: Mittwoch, nachm. 3 Uhr

Brennholz
 das moderne Kaufhaus

Merseburg Merseburg

Bei den „Stresemannschen Erben“:

„Das kleine Geburtshaus des großen Mannes“

Eine lebensgefährliche Ruine

In Senftenberg macht die bürgerliche und sozialdemokratische Presse viel vom Tode des „Dahinscheidens des großen Deutschen Guitian Stresemann“, dem Staatskanzler, der Verdränger eines großen Deutschen“, von der Köpenicker Straße zur Wilhelmstraße.

Wenigstens Propaganda wird von der schwarzweißen und kommunistischen Presse mit „dem kleinen Geburtshaus des großen Mannes“, in der Köpenicker Straße 66 gefolgt.

Einer der Mitarbeiter der „Roten Fahne“ hat sich dieses „kleine Geburtshaus“ näher angesehen und teilt hier seine Feststellungen mit:

Das Gebäude, dessen Straßenseite einen so romantischen Eindruck macht, ist ein muffiger, stinker, dunkler, baufälliger Steinbau, der über hundert Jahre steht. In diesen alten Mauern wohnen achtzig Familien. Meist kleine Handwerker, Schlofer, Tischler, Klempner und Arbeiter.

Im Hausflur grünen zwei Schilder von der Wand. Eins, das den Kindern das Spielen auf Hof, Türe und Treppen streng verbietet. Und dann ein zweites:

„Hohe Belohnung!!!“

Wohle ich dem, der mit nachsehen kann, der die Böden und Keller in meinem Hause mit Urat und mit Urat und Federn verunreinigt. Der Eigentümer.

Der Eigentümer dieses Grundstücks sind die Stresemannschen Erben. Der Vermieter des Hauses ist ein Verwandter von dem ehemaligen Reichsaussenminister Stresemann.

Der Hof des Hauses, auf dem am Tage die zehn Kinder der Hausbewohner spielen müssen, ist drei Meter breit und zwanzig Meter lang.

In den Ecken lagern Urat und alter Mauerputz. Die alten Holstreppe, die seit Jahrzehnten schon keine Farbe mehr gesehen haben, sind ausgetreten, und „das Betreten ist mit Lebensgefahr verbunden“, wie sich die Hausbewohner ausdrücken. Das Saubermachen der Treppen müssen die Hausbewohner allein besorgen. Fortsetzungen, wie in anderen Häusern, existieren dort nicht.

Verschiedene Mieter teilten mit, daß sie seit Jahren mit dem Vermieter, einem der Stresemannschen Erben, kämpfen müssen um die Ausbesserung oder Renovierungen der Wohnungen. Der Vermieter lehnt jede Reparatur rundweg ab. Vor einigen Tagen brach erst in einer Wohnung die Decke durch. Soweit mußte es kommen, daß der Vermieter sich gezwungen sah, eine neue Decke legen zu lassen. Die Mieterin kämpfte schon seit Jahren um das Legen einer neuen Decke.

Die Seitenwände der Treppe sind vollkommen verrotzt, ohne Farbe, ohne Putz. Das Klosett für sämtliche Hausbewohner, also eins, befindet sich auf dem Hofe des Hauses. Der Keller ist eine Katastrophe. Alles Gerümpel, ausgefallene Mauersteine und nicht mehr erhaltene „Stufen“ ermöglichen es, daß „wer dort nicht Bescheid weiß, lang hindurchgehen und sich das Genick brechen kann“, wie eine Hausbewohnerin sagte.

Die Wohnungen verdrücken, seit Jahren nicht mehr renoviert. Im dritten Stock im Hinterhaus eine „Fugfabrik“. Die Fugfabrik, die ein alter Mann „leiert“, befindet sich in einem dunklen Raum. Die Wände sind vollkommen schwarz und muffig.

Andere Wohnungen liegen ähnlich aus. Proletarier sind es, die dort wohnen. Der verlorene Herr Reichsaussenminister Dr. Stresemann sowie die Stresemannschen Erben, seine hohe Verwandtschaft, haben sich zu heute einen Dreck um diese Brutstätten der Proletarier in den Kellern in der Köpenicker Straße gemacht. Die Stadt Berlin wird an diesem Kalten in der Köpenicker Straße mehrheitlich eine Tafel anbringen lassen, daß hier der Herr Stresemann das Licht der Welt erblitz hat.

Bis zum 15. Oktober

muß jeder Tag zur Presse-Werbung ausgenutzt werden. Es bietet sich dabei für den eifrigsten Werber zugleich eine günstige Gelegenheit zur Freifahrt nach Moskau

glosseemTerge

Die Partei der antändigen Menschen
Der Tod Gustav Stresemanns gab dem deutschen Reichsaussenminister Sverring den willkommenen Anlaß, eine neue Partei zu gründen. Es soll eine Partei werden, die sich aus gewissen Mitgliedern der übrigen Parteien - von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten einschließlich - zusammensetzen wird.

Diese Leberpartei heißt „Partei der antändigen Menschen“. Aufgenommen wird jeder, der „den politischen Kampf mit antändigen Waffen führt“.

Alle ein politisches fair-play. (Copyright by Macdonald, Labour-Party.)

Den Mitgliedern der neuen Partei wird der Gebrauch folgender Waffen gestattet:

1. Weiße Waffe: Die Anwendung des Wertschens „Aber“.

2. Mittelmäßige Waffe: Die Anwendung des Wortes „Schließlich“.

3. Schwere Waffe: Die Anwendung der Bindewörter „wenn“ und „dann“.

Den Mitgliedern der Partei antändiger Menschen ist es untersagt, sich in die Privatverhältnisse ihrer Genossen einzumischen.

Die Taten, die zur Gründung der neuen Partei führten, zählt der Sozialdemokrat Dr. Julius Moses auf: „Ebert ist 54 Jahre alt geworden, Rathenau 54 Jahre, Erzberger 46 Jahre und Stresemann 51 Jahre. Kann dies ein Zufall sein?“

Es ist keiner, sondern „eine Folge der Vermilderung und der Verrohung der politischen Sitten“, einer Verrohung, die dem Arbeitslosen getätigt, die Führer des Volkes um jedes Kavariertum, um jeden Schlaf Selt, um ihr behelndes Sanftmützig zu beneiden.

Die Vermilderung der politischen Sitten geht so weit, daß es heute ein Staatsanwalt nur noch unter Anwendung größter Vorkehrungsmaßregeln riskieren kann, mit einem arbeitslosen Kaufmann bei Moskau zu frühstücken.

Deshalb stellt Moses mit Recht fest: „Die Art des politischen Kampfes in Deutschland ist eine Gefahr für die menschliche Gesundheit.“ Ein Recht auf den Schutz ihrer Gesundheit haben selbstverständlich nicht die Arbeiter in den Mordbetrieben, die Proleten in ihren Wohnhöhlen, sondern nur die Mitglieder der Partei der Antändigen.

Zwar ist Hindenburg trotz aller kommunistischen Angriffe 82 Jahre alt geworden, aber der Vater des Vaterlandes ist eine Ausnahmeerscheinung.

Doch wer garantiert einem Seewing, einem Braun, einem Giffert, einem Willst, einem Hermann Müller für eine lange Lebensdauer? Wer garantiert ihnen alle das, daß sie noch mit hundert Jahren ihr Ministerpöppchen am Kaiserhof wärmen können?

Die einzige Garantie ist die neue Partei.

Die Partei der antändigen Schweich und Züchter, der bereits die Herren Koste, Jörnke, Scheidemann, Heilmann, Baromat und die drei Starets als Ehrenmitglied beigetreten sind.

Eine Prostituierte in St. Pauli ermordet

Hamburgs Vergnügungsviertel St. Pauli war in der Sonntagsnacht der Schauplatz eines Frauenmordes. Ein 40-jähriger holländischer Arbeiter Jansen ermordete die 23-jährige Prostituierte Beata n. Neben die Besondere der Tat, als Verleumdung der Sexualmoral verurteilt, konnte nach keine eindeutige Aufklärung geschaffen werden, wenn auch die Polizei den näheren Umständen nach zu der Annahme eines Raubmordes neigt.

Als gegen 12 Uhr die Hauswirtin der Barman zugleich mit deren Bräutigam heimkam, sahen sie im Zimmer der Barman Licht, aber die Tür war fest verschlossen. Auf mehrerhobenes Kopfen erfolgte keine Antwort, deswegen wurde innen das Licht angezündet. Man schöpfte Verdacht und verständigte die Polizei, die gewaltam in das Zimmer eindrang. Auf dem Bette lag die Barman entkleidet, mit zahlreichen Hieb- und Stichverletzungen an am Halse und am Kopfe. Ihr Schemd war als Knoten um den Hals gedreht.

Am Bettrand lag vollkommen zusammengebrochen, Jansen. Er mußte mit dem Sanitätswagen ins Polizeigewahrsam geschafft werden.

Mädchenmord bei Hannover

In der Bahnenwalder Seide hinter der Rißer Mühle wurde gestern morgen ein junges Mädchen ermordet aufgefunden. Inzwischen liegt ein Ermittlungsverfahren vor.

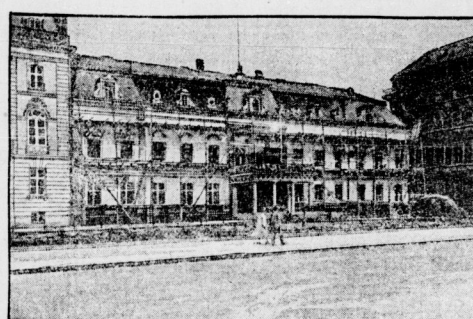
Einbruch in die französische Botschaft

Für 80 000 Mark Schmud erbeutet

Ein schwerer Einbruch, bei dem den Tätern für über 80 000 Mark Schmudfaden in die Hände fielen, wurde am Sonntagabend in der französischen Botschaft in Berlin am Berliner Ring 3 erbeutet.

Das Botschaftsgebäude ist, wie unser Bild zeigt, ausgestattet mit einem Saugerüst umfleeht, weil Ausbesserungen vorgenommen werden. Auch im Inneren wurde die Räume renoviert. Während der Arbeiten hatte der Botschaftler am 20. August mit einem Teil des Personals das Haus verlassen.

Gestohlen sind eine aus 60 bis 100 Perlen bestehende Kette mit weißem Brillantfaden. Die mittlere Perle ist überzweijährig. Die Kette ist 40 000 Mark wert. Weiter fehlen ein großer weißer Diamant, ein in Paris zu einem Ring gefast ist. Der Stein hat einen Durchmesser von 2 cm. Zwei weitere Ringe sind mit Diamanten, Rubin und Smaragden besetzt. Gestohlen sind außerdem mehrere Krampfadern, eine mit einem Brillant besetzten Perle, eine andere in Gestalt eines Ringes mit großer Perle.



Schiffsunglück an der norwegischen Küste

Über 40 Passagiere tot

An der norwegischen Westküste ereignete sich in der Nacht zum Montag ein schweres Schiffsunglück. Der Rüstendampfer „Haaften VII“ stieß am Sonntag um die 23. Stunde zwischen Bergen und Alesund an Grund und ging bald unter. Beim Untergang des Schiffes sind 40 Menschenleben zu beklagen.

Das Schiffsunglück hat sich bei Nebel und Sturm ereignet. Das Schiff wurde von einem heftigen Stoß erschüttert. Es war auf dem Höhepunkt einer aufgelaufenen ersten Spitze aus dem Wasser gezogen. Anfolge der Erschütterung wurde der Kapitän über Bord geschwemmt. Er konnte sich jedoch auf eine kleine Söhre retten. Ein halbes Panik führten sich die Passagiere ins Meer. Der große Teil von ihnen, insgesamt 57 Personen, konnte sich auf den 100 Meter von der Unglücksstelle entfernte Insel retten, wo ein Boot von einem norwegischen Dampfer aufgefunden wurden. Die genaue Zahl der Todesopfer ließ sich noch nicht ermitteln.

Zwei Autoinsassen in Südfrankreich verbrannt

Während der Fahrt an dem Montagabend, wurde ein Personenwagen mit einem Tankauto an der Seite zusammengefahren und in Brand geraten. Die beiden Insassen, deren Identität noch nicht festgestellt werden konnte, verbrannten.

Von einem französischen Polten erschossen

Auf dem Madrider Flughafen ist in der Montagnacht ein unbekannter Mann von einem französischen Polten angeschossen und so schwer verwundet worden, daß er im Krankenhaus seiner Verletzung erliegen ist. Wie der Polten erklärt, hat sich der Unbekannte ihm genähert und auf den Anruf nicht halt gemacht. Der Tote, der keinerlei Ausweispapiere bei sich führte, hatte nur einen Arm.

Paris—Mandschurei

Die französischen Kluge Colte und Bellante, die schon als verdächtig mit einem Tankauto an der Seite zusammengefahren und in Brand geraten, hat sich der Unbekannte ihm genähert und auf den Anruf nicht halt gemacht. Der Tote, der keinerlei Ausweispapiere bei sich führte, hatte nur einen Arm.

Explosion im Hafen von Philadelphia

Durch eine Explosion an Bord des hier zur Reparatur auf der Werft liegenden Frachtdampfers „Reibend“ wurden drei Personen getötet und fünf verletzt.

Zusammenstoß zweier Flugzeuge

Bei Cobiers in Frankreich sind zwei Flugzeuge zusammengefahren und abgestürzt. Die vier Insassen fanden den Tod. Das eine Flugzeug soll ein politisches gewesen sein.

Fischers Expedition verfohlen

Der bekannte Meeresforscher Dr. Wilhelm Fischer, der ursprünglich für den Anfang des nächsten Jahres eine neue große Expedition nach Tibet geplant hatte, ist durch keinen von den Entbehrungen auf der vorigen Reise geschwächten Gesundheitszustand wegen der Durchführung der Expedition zu verfohlen. Er wird deshalb den bevorstehenden Winter dazu benutzen, um eine Fortsetzung durch Deutschland und später auch durch andere Länder zu veranstalten.

Prozej gegen Kraw-Kommissionen

Am Donnerstag findet nun endlich die große Schöpfungsfeier der Kraw-Kommissionen statt, gegen die der Anklagen wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Betrugs erhoben werden.

Ein Hirsch springt vor ein Automobil

und verursacht ein schweres Unglück

In der Nacht zum Montag sprang aus unvermittelt ein starker Hirsch aus dem Staatswald bei Kassel auf die Landstraße zwischen Schwalmund und Walungen a. d. Werra gerade in dem Augenblick, als das mit drei Personen besetzte Automobil des Kaufmanns Hermann Langhof aus Walungen mit großer Geschwindigkeit die Straße passierte. Der Zusammenprall war furchtbar; der Fahrer wurde überfahren und tödlich verletzt. Der Fahrer wurde überfahren und tödlich verletzt. Der Fahrer wurde überfahren und tödlich verletzt.

Zwei Tote bei einem Grubenunglück in Rattow

Im Rattow-Schacht auf der Giesche-Grube häuften beim Abbau neuer neuer Grubenfelder die Tote ein. Von den Kohlen wurden nur Leute verdrückt. Nach mehrstündigen Rettungsarbeiten konnten sie geborgen werden. Während drei mit leichten Verletzungen davonkamen, waren die beiden anderen bereits tot.

Eine ganze Ortschaft in Asche gelegt.

In der Gemeinde Breza in Gestir Irma brach ein Brand aus, der die ganze Ortschaft in Asche legte. Es sind insgesamt 100 Häuser verbrannt. Der Schaden wird auf 3 Millionen Kronen geschätzt.

Verjährtes Ende einer blutigen Schlägerei

Der hiesigen Schwurgericht hat gestern jene furchterliche Schlägerei in Greppin... durch Verjährtheit in den Unterhalt...

Es ist bemerkenswert feststellen, daß zwischen den anfälligen und unzufriedenen Arbeitern der Firma Schmidtmann in Greppin eine feindliche Spannung bestand...

Der Staatsanwalt forderte für Sch. dessen tobe Tat Mide rede, drei Jahre Gefängnis, für H. und K. zwei Jahr drei Monate...

Aus dem Saalkreis

Franz Wilhelm

Seiner nachmittag ist in Halle unter Genosse Franz Wilhelm (Mutter) im Alter von 24 Jahren an den Folgen eines Auto-Unfalls... gestorben...

Der Saalkreis in der Werberarbeit an der Spitze!

Die Arbeit für die Gewinnung neuer „Klassenkämpfer“ wird im Saalkreis mit jenseitigen Eifer von allen Funktionären durchgeführt...

Des Kaisers Kulis

von Theodor Plivier

Copyright by Gustav Kiepenheuer, Verlag A.-G., Potsdam

Ein Offizier hält eine Ansprache. Ehrenvolle Aufgabe zuteil gegeben...

„Was ist das für ein Offizier?“ — „Den Kleinen Kreuzer, Ariadne“ auf eine neue...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

Der Saalkreis wird an der Spitze markieren und fordert die Übertragungsunterstützung... die Frage: Wer wird die meisten Eifer gewinnen?

181 neue Leser für die „Klassenkämpfer“ wurden also bis jetzt gewonnen... die Delegierten haben die Aufgabe übernommen...

Schamlose Landarbeiter-Ausbeutung in Mülchitz

Ein junger etwa 20jähriger Arbeiter, der aus einer Filialgegend... in Mülchitz getreten. Der junge Arbeiter wurde aber von diesem kleinen Bauer...

Gemeindevorsteher als Langfinger

Wilhelm Michael, Gemeindevorsteher in Quets bei Salze, das muß man sagen, ein sehr findiger Kopf in Geldsammelgeschäften...

Ammerndorf, Schuppenbrand. Gestern gegen 15.15 Uhr entzündet in der Pasterplatz Ammerndorf ein Schuppenbrand...

Seesen, Dombisus und D.-Zug. Ein Dombisus der Linie D.-Zug... am 17. November geflohen für die Liste der Kommunistischen Partei stimmt.

Marktleinhandelspreise in Halle am 8. Oktober

Table with multiple columns listing market prices for various goods like flour, oil, and other commodities. Includes sub-sections for 'Weizen', 'Korn', and 'Fleisch'.

Arbeiter-Sport Arbeiter-Sport und Kulturartel Halle

Heute, Dienstag, den 8. Oktober 1929, im „Volkspark“, 20 Uhr. Sitzung. Alle Vereine werden ersucht, ihre Delegierten zeitlich zu entsenden...

Veranstaltungen

8.10. (Freitag), 19.10. (Dienstag), 20.10. (Mittwoch), 21.10. (Donnerstag). Veranstaltungen in Halle und Umgebung.

Win wird noch Wintern?

Für Mittwoch: Zunehmende Eintrübung und steigende Temperatur bei aufziehenden Wolkenbänken. Besseres Wetter...

Mausfrauen 1 Billige Gummi-Schürzen Gummi-Bieder

„Den nachts um seiner nach“ bellamiert Oberaufkunft Alvens mit dunklen jenseitigen Gesicht. Eine Etüde seines Feines ist ihm...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst... „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst... „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst... „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst... „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

„Ariadne“ macht Vorpostendienst. Die „Ariadne“ macht Vorpostendienst... „Ariadne“ macht Vorpostendienst...

Ueber die Satzungen des Polenste-Schumann-Verbandes

Bonzen sichern sich ihre Bränden — Streitunterfertigung wird abgehandelt — Beiträge werden erhöht Mitgliederrechte mit Füssen getreten

Die Bürokratie des Polenste-Schumann-Verbandes (Gesamterverband der in öffentlichen Betrieben und des Verkehrs- und Wagnerverkehrs) ist fleißig an der Arbeit. Am 8. und 9. Oktober finden in Berlin die Verhändlungs- und Vorstandstage statt. Fest wenige Tage vor den Verhandlungen, kommt die Polenste-Schumann-Bürokratie mit dem Gesamtentwurf heraus. Der Inhalt der Satzungen kennzeichnet treffend den sozialdemokratischen Zweck der Verhändlung.

Eine besondere Bestimmungen wollen wir hier herausgreifen: Der § 2. Zweck des Verbandes, Absatz 1 lautet:

„Stärkung des Einflusses des Verbandes auf die Verwaltung der Betriebe zur Erreichung wirtschaftlicher und demokratischer Betriebsführung.“

Durch diesen Absatz will die Gewerkschaftsbürokratie lediglich die bisherigen Bränden wie z. B. für den sozialdemokratischen Direktor Prolet in Berlin mit 75000 Mk. Jahresgehalt und für die übrigen Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter um noch mehr zu erhöhen. Der neue Verband fordert die Gewerkschaftsbürokratie für sozialdemokratische Postenfolger ein. Nach den Bestimmungen des § 1 der Satzungen kann und wird Gehörlich, Jörgebel, Seering, Müller und jeder andere sozialdemokratische Regierungsfunktionär Mitglied der neuen Organisation werden.

Der § 39. Schlichtungsrecht, Absatz 1, lautet:

„Die Schlichtungs-Funktionäre des Verbandes bedürfen zur Ausübung ihres Amtes der Befähigung durch den Verbandsvorstand. Sie sind verpflichtet... die vom Verband angelegten gewerkschaftlichen Grundzüge und Richtlinien zu beachten.“

„Absatz 3. Diejenigen Funktionäre, die entgegen den in Absatz 1 aufgeführten Grundregeln in ihrer Tätigkeit innerhalb der Organisation durch Schlichtung und Maßnahmen ausserhalb des Verbandes stehenden Stellen bzw. Körperstellen in ihrem Handeln beeinflusst haben, ist die Befähigung zu entziehen.“ Diese Bestimmungen sind eindeutig. Der Verbandsvorstand hat die Befähigung zum Entziehen der Funktionäre. Jede vom Verbandsmittelgehaltene Unzufriedenheit über die missverhältnissvollen Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird als „kommunizierendes Verbrechen“ angesehen, von dem Sozialistischer niedrigegeheiß. Doppelzüngliche Funktionäre bedürfen. Diejenigen sozialistischen Kurets befindet die Bürokratie noch an anderen Stellen der Satzungen.

Die Streitunterfertigung lt. § 14 wird um etwa 40 Prozent abgeändert. Dafür werden lt. § 8 die Mitgliedsbeiträge um 30 Prozent erhöht.

Nach dem § 48 Abs. 5 ist die Bürokratie um die Sicherung ihrer eigenen Einkünfte, die teilweise über 1000 Mark den Monat pro Kopf betragen, bedorgt:

„Das Gehaltsregulativ ist zum Verbandsvorstand aufzuteilen und dem Rat zur Mitbestimmung zu unterbreiten.“ Die Bürokratie will dadurch die Mitgliedschaft der Gehaltsbestimmung ausschließen. Der Verbandsvorstand soll nur „mitbestimmen“. Er wird es tun, denn auch er wird so zusammengesetzt, wie der Verbandstag.

Schreibt gute Berichte und nützt eure Presse als Waffe im proletarischen Klassenkampf!

Revolutionäre Kampflieder ertönen vor Duisbergs Wille

Am vergangenen Sonntagabend wurden in Duisberg-Overdorn die ersten 100 von den angelegten 300 Entlassungen der Chemiefunkeln durchgeführt. Sie formierten sich nach ihrer Entlassung in einem Demonstrationsschritt und zogen vor die Wille des Geschäftsinhabers Dr. Duisberg, den Präsidenten des Reichsgewerksverbandes der Deutschen Industrie, wo sie unter Führung revolutionärer Kampflieder gegen ihre Einweisung in das Millionenheer der hungernden Erwerbslosen demonstrierten. Der Oberausseiter Duisberg soll über diese revolutionäre Protestaktion der Chemiefunkeln sehr erkrankt gewesen sein, da er glaubte, durch die nötige Ausstammung und Bekämpfung des Betriebsbetriebes von revolutionär geneigten Arbeitern könne er jede Rebellion der Chemiefunkeln gegen seinen Machtwillen unterbinden.

Die Kampfdemonstration der Entlassenen hat unter der ganzen Belegschaft des Riesenwerkes starken Widerhall gefunden. Sie zeigt, daß trotz des unerhörten Terrors und der schändlichen Kastration der Sozialisten der revolutionäre Gedanke im größten Teile der Belegschaft lebendig geblieben ist. Die Tradition der revolutionären Kampftage vom Jahre 1923 lebt unter der Belegschaft fort. Unter dem immer härter werdenden Druck der Ausbeutung wachst heute noch im Betrieb der revolutionären Kampflieder. Die Erkenntnis, daß es nur einen Weg gibt aus dem Loch der Giftküttenkänge: der revolutionäre Kampf um mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit und der Sturz der Ausbeuterherren!

Die Anknüpfung der verschärften Trübsittigkeit durch Dr. Duisberg auf der Zügel der deutschen Schmarotzer in Düsseldorf ist auch von der Belegschaft des Riesenwerkes richtig verstanden worden. Es darf aber bei solchen spontanen Protestaktionen nicht bleiben, sondern die entlassenen Kampeln müssen in enger Verbindung mit den noch im Betriebe stehenden Kollegen bleiben und mitgehen, die

Für die Arbeiter legt die Bürokratie Vorkauf für mehrere Jahre fest. Ihre Gehälter von Verbandstag zu Verbandstag folgen zu lassen, dann grant es den Bürokraten.

Die Erkenntnis, daß diese Verhältnisse ein nicht-rückgängiger Anhalt für die demokratischen Mitgliederrechte ist, nimmt unter den Mitgliedern immer mehr zu. Deshalb die Bürokraten die Umwälzung der Delegierten ablehnen, darüber sind hinnehmbar die Mitglieder im klaren. Die revolutionäre Opposition wird in ihrem Kampfe gegen die Sozialisten und ihre Forderungen nicht erlahmen. Die Verhandlungsdelegation werden auf der Tagung Gelegenheit bekommen, sich für die Sozialisten über für den revolutionären Klassenkampf zu entscheiden.

Die Arbeit und Gewerkschaft

Das Blatt der Betriebsräte u. Gewerkschaftsfunktionäre

DAS NEUE HEFT BRINGT:

Der erste Beitrag der wiederum sehr reichhaltigen Nummer bringt wichtiges Material über den Abbruch der Erwerbslosenunterstützung und die Betrugserhebung. Er schließt mit einer Zusammenfassung der Gutverordnungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

In einem grandiosen Artikel über die „Nationalisierung“ behandelt Erik Rüdiger besonders den Unterschied zwischen der Produktivität und der Unterentwicklung der Arbeit. Rüdiger kommt zu dem Schluss, daß sich in allen Betrieben mit dem Kampf um die Verfassung der Arbeitstätigkeit begonnen werden muß.

Ein Artikel von Theo Reutling informiert über den Ausschluß der Arbeiter-Verbandsräte aus dem Stützpunkt, und die damit verbundenen Klagen der Gewerkschaftsopposition.

Ungemein viel Material stellt C. Steffen über den Sozialismus im Betrieb, Arbeiterbewegung, die Führung des Arbeiter-Verbands und seine proletarischen Forderungen und die Situation im Chemiewerk und treten aus anderen Schuttschreibern, wie Kuntze und Gummel, als Zeitschreiber auf.

Das Ausbeutungsproblem des schändlichen Stahlindustriellen Rats nimmt Erik Rüdiger zum Anlaß, die Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung der geplanten Errichtung von Betriebsräten in Deutschland zu schildern.

„Die Arbeit und Gewerkschaft“ enthält in dem 8. Hefen alle die Energie und Klammigkeit eigener Beiträge und Berichte der Sozialistenpartei.

„Arbeit und Gewerkschaft“ enthält wie immer den „Arbeiterkalender“, der diesmal aus der Praxis der roten Betriebsbewegung in Leuna berichtet. Außerdem enthält das Heft Dokumente, Notizen und Briefe.

„Arbeit und Gewerkschaft“ ist bei allen Sitzungen und Arbeiterkongressen zum Preise von 20 Pfennig erhältlich.



Bilder von 1. Kongress der Gewerkschaften des Stiffen Deans in Wladibostok

Chinesischer und russischer Delegierter

Die Wahlberechtigten sind einverstanden, daß bei der Aufnahme ihrer Namen in die Wahlregister eine schriftliche Erklärung abgegeben werden muß, die die politische Einstellung des Wählers zum Ausdruck bringt. Diese Erklärung wird in der Wahlregisterkarte eingetragen und dem Wahlprüfer vorgelegt.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die täglichen Profitopfer

Schwere Verletzung durch eine Seifenmaschine

Auf dem Bildhause (W. A. G.) flag in der Wille des Fördermanns W. Schüler eine Seifenmaschine und zerstört eine schwere Verletzung. Es wurde dem Knappschloßrankenhaus Heiligt gestellt.

Ein offener Brief der K.P. Belgien

Selbstkritik — Abklärung von Mängeln der bisherige Arbeit

„Drapeau Rouge“, das Organ der kommunistischen Partei Belgiens, hat einen langen „Offenen Brief an alle Mitglieder der Partei“ veröffentlicht, dem gefolgt eine Erklärung des Parteivorstandes folgte. Der „Offene Brief“, herausgegeben von der Zentralkomitee der Partei, läßt an den rechten Seiten der letzten Parteiorgane, an den Schluß und Mängeln der bisherige Arbeit eine scharfe Kritik. Die Erklärung des Parteivorstandes, die die Diskussion über den „Offenen Brief“ enthält, ist, daß verschiedene Mitglieder aus dem Parteivorstand und das Volt-Büro selbst provisorisch (bis zum nächsten Parteitag) durch Mitglieder der unteren Organen zu ersetzen. In die mit der K.P. sympathisierenden Arbeiter-Organisationen ergangen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse hat die Veröffentlichung des Offenen Briefes zu einer wütenden Kampagne gegen die Partei. Die Presse bringt ihr Entschlossenheit die offene, richtungslose Kritik des Zentralkomitees an ihrer Zeitung begangen festern zum Ausdruck und den förmlichen Vorwurf, daß „Ende der Partei“ an.

„Drapeau Rouge“ nimmt heute das Wort, um die Arbeiter zu erklären, daß man seine Fehler erkennen und feststellen kann, wenn man den Proletariat nutzen und es nicht täuschen will. Organ greift insbesondere die sozialdemokratische Presse an. Diese betrüge Selbstkritik ist der erste Schritt zur Wiederherstellung der Partei.

Das Zentralkomitee der K.P. Belgien hat beschlossen, die neue „Rote Fahne“, täglich erscheinendes Parteiorgan, am 1. November an wöchentlich erscheinendes Parteiorgan zu ersetzen, das eine einmündige Maßnahmen darstellt, im Sinne des „Offenen Briefes“ des Zentralkomitees der Parteimitglieder, gefolgt. Die Wochenchrift „Drapeau Rouge“ wird ein neues Organ populärer. Die kommunistische Presse wird unterdrückt und gegen sozialdemokratische von der Regierung beschützt. Nichts kann besser den Charakter dieser Zeitungen.

Die sozialdemokratische Regierungserklärung

(Sprecher) Frau, 7. Oktober 1923

Die Regierungserklärung „Franz Bröße“, „Gefolgschaft“, „Hilf“ sowie der „A. Regel“ erhielten dieser Tage vom Ministerium einen Geheimplatz, laut welchem ihnen unterliegen in ironischer Form gegen die Sozialdemokraten und ihren Nationalpolitischen zu schreiben.

Die kommunistische Presse wird unterdrückt und gegen sozialdemokratische von der Regierung beschützt. Nichts kann besser den Charakter dieser Zeitungen.

Wachsendes Massenelend auch in Desterreo

Ende September wurden in Desterreo 104 947 unter Arbeitslosigkeit geschätzt. Die Zunahme gegenüber der letzten 10 bis 12 Tagen geschätzt, beträgt 2400, obwohl trotz der hohen Welters die Bauarbeit noch unermüdet andauert.

Primo de Rivera ist wütend darüber, daß die Madrider Arbeiter drei seiner Gegner in die Nationalversammlung geschickt, gemäß hat. Er spricht von der politischen Situation der intellektuellen Kreise und kündigt Maßnahmen an, die einen „berartigen Zustand“ ein Ende bereiten sollen.

Die gleichen Verloren können nicht als Vertrauensmänner für mehrere politische Parteien werden.

Geheißer oder Vertrauensmänner für Wahlprüfer und deren Stellvertreter in Göttingen, 4. Oktober 1923.

Betr. Wahlen

Gemäß Ministerialerlaß sind die Wählerlisten für die am 17. November stattfindenden Wahlen in Göttingen, Kassel und Göttingen-Verwaltungsbereich zu prüfen.

auszuwählen. Wir bringen dies mit dem Vermerk zur Kenntnis, daß die Partei der Gemeinde Wille innerhalb der Dienststunden von 8 bis 12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 5, anwesig.

Während der vorerwähnten Zeit können Einsprüche hinsichtlich der Wählerlisten gemacht werden.

Wille, 7. Oktober 1923.

Der Gemeindevorstand

Kleine Anzeigen

Am 30. September verließ plötzlich den Jugendfreund Richard Schubert. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren Die Jugend Corbetta-Rattmannsch

Bekanntmachung

Gemäß § 25 der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinderäten in der Gemeinde Wille am 17. November 1923, ist die Wahlregisterkarte des Wählers für die Wahlregisterkarte des Wählers zu prüfen.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

Die Wahlregisterkarte des Wählers enthält, daß die Wähler die Wahlregisterkarte des Wählers unterschreiben und die Wahlregisterkarte unterschreiben.

DER ROTE GEWERKSCHAFTS-ARBEITER

№. 219 — Dienstag, 8. Oktober 1929

„Gener. käßliche Arbeiter begrüßen den Lohnkampf der Berliner Gemeindefarbeiter“

In den Betrieben des Gas- und Wasserwerkes Essen haben in den letzten Tagen Beschäftigtenversammlungen stattgefunden, in denen allgemeine Entschlußfassungen einstimmig gefaßt wurden.

Mit Interesse nehmen die Arbeiter des käßlichen Gas- und Wasserwerkes Kenntnis von den Forderungen der Berliner Gemeindefarbeiter auf außerordentliche Lohnerhöhung. Sie begrüßen die von Euch für den 8. Oktober geplante Massen demonstration gegen die Verschleppung der Lohnbewegung durch die Gewerkschaftsführer. Auch die Arbeiter der reformistischen Gas- und Wasserwerke Essen haben vor einigen Wochen in Beschäftigtenversammlungen eine Lohnerhöhung von 20 Pfennig in der Stunde gefordert, die aber bis heute von den Gewerkschaften nicht aufgenommen worden ist. Wir werden Euren Beispielen folgen und in unserem Kampfe um außerordentliche Lohnerhöhung nicht erlahmen und mit der Gewerkschaftsopposition die gerechten Forderungen der käßlichen Arbeiter durchsetzen wissen.

Der Berliner käßliche Arbeiter, als Vorposten der Gewerkschaften Deutschlands, rufen in diesen Tagen in den Betrieben verkürzt

Sozialfaschistischer Schandstreich

Ein Betriebsvertrauensmännereinführung der Strafgefangenenkammer in Leipzig hatte auf Antrag der Opposition eine Resolution gegen den Unterdrückungsstreik angenommen, ebenso später gegen einige Entschlüsse der SPD, die Beschäftigtenvereinsammlungen. An der Resolution wurde auch die einseitige Arbeiterentscheidung gefordert. Die reaktionäre Vertretung drohte mit sofortiger Entlassung der Arbeiter. Die Beschäftigten traten spontan zusammen und verlangte die Zurücknahme der schandhaften Androhungen. Am Dienstag erhielt der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende, Genosse Klotz, unmittelbar vor Betriebsbeginn die Mitteilung, daß die Resolution nicht mehr in Kraft sei, sondern die Maßnahme nicht treffen, ohne das Einverständnis des Magistrats, in dem die Sozialdemokraten den maßgebenden Einfluß haben. Die SPD arbeitete mit der reaktionären Direktion zusammen, um die Resolution zu verhindern. In der letzten Sitzung wurde die Resolution einstimmig angenommen. Die reaktionäre Direktion konnte sich nicht durchsetzen, sondern wurde triumphierend gemeldet, daß es mit der Kommandoheute der SPD, auf Heftigkeit vorberit sei. So unterstützen die Sozialfaschisten die soziale Reaktion.

Schuhfabrikarbeiter, organisiert den Kampf!

Wie wir erfahren, ist vom Zentralvorstand des Schuhmacherverbandes der für die Schuhindustrie geltende Reichstafel am 1. Oktober mit Wirkung zum 31. Oktober gekündigt worden.

Die Schuhfabrikarbeiter kämpfen bereits seit über einem Jahr um die Forderung der Abschaffung der Reichstafel. Die reaktionäre Direktion hat sich gegen die Forderung der Abschaffung der Reichstafel ausgesprochen. In allen Betrieben müssen die Schuhmacher zur festigen Situation Stellung nehmen und Kampfleistungen zur Organisierung des Kampfes wahlen. Heraus mit den Gläubigern der Schuharbeiter, deren Spitzenlohn in der ersten Kristallzeit nur 87 Pfennig betrug. Die Vertiefung der Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich, für die 48-Stundenwoche. Die Reaktionsliteratur, die Hingehänder in den Schuhfabriken, die maßlose Nachfrage stellen die Frage der Arbeitszeiterhöhung für alle Schuhmacher für die nächste Zeit auf die Tagesordnung. Verlaßt Euch nicht auf den Schlichter, nur der Kampf bringt Euch bessere Löhne- und Arbeitsbedingungen!

„Mehr Arbeit, weniger Lohn...“

Heuchlerisches Jammergeschrei der Reformisten, weil die Mansfeld u. G. Arbeitszeitabkommen und Lohnstarife kündigte — Kumpels, schafft die einheitliche Kampffront mit den Braunkohlenarbeitern

Wie wir gestern berichteten, hat die Mansfeld u. G. das Arbeitszeitabkommen und die Lohnstarife zum 1. November gekündigt. Sie verlangen die Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und die Herabsetzung der Löhne um zehn Prozent. Darob lachen die Reformisten ein Jammergeschrei in der „Mansfelder Volkszeitung“ los, sie, die vor einem Kampfbeschlusse zurückwichen, sie, die schuld sind an dem frechen Vorgehen der Mansfeldvögte. Sie sprechen von „kapitalistischer Anmaßung“ und von den Zuträgern der Mansfeldgemaligen — den Kommunisten.

An ihre Verlogenheitstheilen glauben sie natürlich selbst nicht! Uebrigens erinnern sie sich, nachdem der „Klassenkampf“ eine Extrapolte über den gemaltigen Bergarbeiterfreist im Jahre 1909 brachte, auch des großen Kampfes vor 20 Jahren. Sie bringen das

Kleinere offen in einer sehr bürgerlichen Art und Weise damit der Mansfeld u. G. einen guten Dienst erwiesen habe. Und dieser Vortrage wurde noch ergänzt durch eine weitere Rede des Gewerkschaftsbundes vom Bergarbeiterverband. Dr. Martin Luther wurde als erster Schlichter im Mansfelder Bergbau bezeichnet! Dann wurde auf einmal von guter Konjunktur (!), von schwerer Arbeit und niedrigen Löhnen der Hütten- und Bergarbeiter gesprochen. Man vermeint natürlich den Bergarbeitern eine Linie des beneidenden Kampfes aufzuzeichnen. Die Bergarbeiter sollten ja auch, daß das die Reformisten gar nicht mehr tun können, weil sie den kapitalistischen Staat fügen und die Schlichtungsmaßnahme gegen die Bergarbeiter anwenden werden. Ihre Heuchelei zeigte sich ja offensichtlich, denn obwohl die Reformisten auf der Helbrauer Funktionärkonferenz von Verkündung des Lohnkampfes mit den Braunkohlenarbeitern gesprochen haben, wurden die Funktionäre nicht zur halslischen Konferenz geladen.

Beirlehrsäte, Gewerkschaftler!

Ihr braucht als Wiltzeug gegen Eure „einbe revolutionäre Erkenntnis! Ihr braucht als durchschlagende Waffe die proletarische Langespreiz, die Euch über alles informiert, die Euch reichliches Material für Euren erbitterten Kampf gegen das kapitalistische Ausbeuterver und dessen Knechte, die Sozialfaschisten, in die Hand gibt. Ihr wisst das, deshalb befolgt alle den Ruf:

Werbi für den „Klassenkampf“

jetzt so mitunter, weil es zum „Kampf“ mimen poßt und vor der Wahl ist das doppelt angebracht.

Den Herrschaften soll das Arbeitererwachen und Verkaufes aber nicht glücken; schämben wir noch einmal knapp, weil die Dinge in Wirklichkeit liegen:

Am 1. September 1929 konnte die Lohnstarife für den Mansfelder Erzbergbau gekündigt werden. Sollte man das tan? Für jeden Kalen, der das Hungerleben der Mansfelder Bergarbeiter und deren Familien kennt, bedurfte es keiner weiteren Frage, das Lohnabkommen hätte gekündigt werden müssen, weil es die höchste Zeit ist, diesen Kampf zu führen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer lehnten in einer zusammengefohenen Konferenz die Kündigung ab. Diese Maßnahme war ein unverdächtig Verrat, weil dadurch die Massenverendung im Mansfelder. Hand weiterhin funktioniert wird. „Kundenabläufe“ begünstigen“ dafür wurden durch Reddiquo den Delegierten eingepaukt. Unter anderen die altsbekannte, daß der Zeitpunkt nicht günstig und die Konjunktur schlecht sei. Ein reformistischer Verbandsangehelliger behag sogar die Freiheit und erklärte, das Lohnabkommen werde nicht gekündigt, weil die Knappheitsbeiträge seit 1. Mai gekürzt seien und dieses bedeute eine Lohnerhöhung für die Bergarbeiter. Durch die Nichtkündigung der Lohnstarife wurde also den Mansfeld u. G. Internen die Initiative übertragen.

Genau wie im vorigen Jahre müssen die Bergarbeiter auch in diesem Jahre erleben, daß nunmehr die M. u. G. Direktoren die Lohnstarife und das Mehrheitsabkommen zum 30. November 1929 gekündigt haben.

Sie verlangen eine Reduzierung der Hungerlöhne um 6 Prozent und eine Verlängerung der Arbeitszeit von einer halben Stunde pro Schicht!

Nur wenigen Wochen ließ der reformistische Betriebsratsvorsitzende Kiefner, der sich der im Junagarbeiterfreist 1924 als Verfechter der Interessen der Mansfeld-Direktoren von Grube zu Grube zog und die Jugend auforderte, zu den alten Bedingungen weiter zu arbeiten, eine Kundendrucke vom Stapel, Bergarbeiter, die sich diese Kundendrucke anhörten, erklärten in den Betrieben, daß

Es kommt den Reformisten lieblich darauf an, die Lohn- und Arbeitszeitbewegung bis zum 17. November zur Kommunalwahl für die SPD, agitatorisch auszunutzen. Die Lohnbewegung wollen sie dann durch den sozialdemokratischen Reichsarbeiterrat Wiltzell durch einen Schiedspruch abwenden.

Die Linie der Gewerkschaftsopposition ist klar aufgedeckt. Die Bergarbeiter müssen erkennen, daß es für sie nicht anderes gibt, als die selbständige Führung des Lohn- und Arbeitszeitkampfes durch eigene dazu gemählte Kampf- und Streikaktionen.

Was lauten die reformistischen Delegierten in der Helbrauer Konferenz?

K a u m a n n : „Die Forderungen der Opposition grenzen an Ungehörig. Wir lehnen die Kündigung ab...“

W e b e r (Stenogr): „Man macht durch die Kündigung Tausende von Arbeitern erwerbslos und erleidet in Mansfeld Schiffbruch...“

K u r z e : „Kündigung ist Verhöhnung, aber eine Aufbesserung der Löhne tut not. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit werden wir der Opposition entgegenzutreten.“

G r u b e : „Worte nützen nichts, sondern wir wollen Taten sehen.“

K i e f n e r : „Die Ausführungen der Opposition sind unerhört. Wir lassen logische Restteile walten. Was können wir erreichen, wenn wir nicht kündigen? — Wie hind und warum zum 1. Oktober in der Lage, alle drei Wochen den Lohnstarife kündigen zu können...“

R e d d i g u : „Wir in Mansfeld wollen mit der Braunkohle gehen. Wenn wir jetzt kündigen, hält der Schlichter einen Spruch auf lange Dauer. Uebrigens werden wir aus menschlichen Gründen keine Lohnerhöhung bekommen. Der Kupferpreis steht nur auf 170 Mark pro Doppelzentner. Nach reiflicher Prüfung muß ich den Vorschlag machen, die Kündigung nicht auszusprechen.“

Bergarbeiter, prüft diese von den Reformisten angebotenen für Euch nicht nachhaltigen Argumente, die ja durch die Kündigung des Arbeitszeitabkommens und der Lohnstarife überhöht sind. Kollegen, Kumpels, schließt Euch an, macht die Beschäftigten mobil, sendet Betriebsberichte an den „Klassenkampf“. Duldet nicht die Gese der Reformisten gegen die Gewerkschaftsopposition. Nach wie vor muß der Kampf geführt werden für die Forderungen der Opposition gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Bezahlt Beschäftigtenvereinsammlungen ein, nehmt Stellung zu den Forderungen der Opposition:

1. 2. März Lohnzulage pro Mann und Schicht auf die Effektivlöhne!
2. Begleichung der Lohngruppen und -spannen unter weitgehendster Berücksichtigung der Löhne der Jugendlichen.
3. Einführung des Siebenstundentages unter, sowie des Achtstundentages über Tage, einschließlich einer halben Stunde Pause!
4. Herstellung der einheitlichen Kampffront mit den Braunkohlenbergarbeitern!

Der Name sagt's:
JOSETTI
ELLEN
5 CIGARETTE
Begeistert alle!

